

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Ziel des Gesetzes ist es, durch Neufassung des Textilkennzeichnungsgesetzes – im Folgenden: TextilKennzG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 1986 (BGBl. I S. 1285), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 18 des Gesetzes vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1482) geändert worden ist und Aufhebung der Ersten Analyseverordnung vom 20. Dezember 1973 (BGBl. I S. 33), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. März 1980 (BGBl. I S. 317) geändert worden ist, und der Zweiten Analyseverordnung vom 29. Juli 1974 (BGBl. I S. 1609) die nationalen Regelungen zur Kennzeichnung und Analyse der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen an die veränderte europäische Rechtslage anzupassen.

Seit dem 8. Mai 2012 gibt die unmittelbar geltende Verordnung (EU) Nr. 1007/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2011 über die Bezeichnung von Textilfasern und die damit zusammenhängende Etikettierung und Kennzeichnung der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinie 73/44/EWG des Rates und der Richtlinien 96/73/EG und 2008/121 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 272 vom 18.10.2011, S. 1) – im Folgenden: Textilkennzeichnungsverordnung – europaweit harmonisierte Bestimmungen zur Textilkennzeichnung vor.

Die Textilkennzeichnungsverordnung legt den europäischen Rechtsrahmen für die Textilkennzeichnung und die Analyse der Faserzusammensetzung fest. Die Textilkennzeichnungsverordnung hat als unmittelbar geltendes Unionsrecht die bisher geltende Richtlinie 73/44/EWG des Rates und die Richtlinien 96/73/EG und 2008/121/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie die auf deren Grundlage harmonisierten nationalen Regelungen zum 8. Mai 2012 abgelöst. Als unmittelbar geltendes Unionsrecht bedarf die Textilkennzeichnungsverordnung hinsichtlich ihrer materiell-rechtlichen Vorschriften keiner Umsetzung in nationales Recht. Es sind jedoch die erforderlichen Voraussetzungen für die Durchführung und einen effektiven Vollzug der Textilkennzeichnungsverordnung zu schaffen und nationale Regelungen zu Teilaspekten mit Regelungsoptionen zu treffen. Insbesondere sind Regelungen zu Zuständigkeiten und Befugnissen der beteiligten Behörden, zur Marktüberwachung und zu Ordnungswidrigkeiten zu treffen.

Im Zuge der Neufassung des TextilKennzG werden daher im selben Schritt bindende Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften über die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30) - im Folgenden: Marktüberwachungsverordnung -, die unter anderem für die Überwachung von Textilerzeugnissen nach diesem Gesetz Anwendung findet, in das neugefasste TextilKennzG integriert.

Die Mitgliedstaaten haben die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle harmonisierten Produkte auf jeder Vermarktungsstufe auf ihre Übereinstimmung mit sämtlichen anwendbaren EU-Produktvorschriften überprüft werden können. Die Textilerzeugnisse im Anwendungsbereich dieses Gesetzes zählen zu diesen harmonisierten Produkten. Zwar gilt die Verordnung (EG) Nr. 765/2008 unmittelbar und damit neben den Bestimmungen des TextilKennzG, jedoch ist sowohl für den Rechtsunterworfenen als auch

für die Vollzugsbehörden aus Gründen der Rechtsklarheit, hinreichender Bestimmtheit und Verständlichkeit eine Anpassung des nationalen Rechts sinnvoll und erforderlich.

Der Neufassung des TextilKennzG wurde wegen des erheblichen Änderungsumfangs der Vorzug gegenüber einer Einzelnovelle gegeben. Durch die Neufassung werden die rechtlichen Voraussetzungen für eine effektive Durchführung und einen effektiven Vollzug der Textilkennzeichnungsverordnung geschaffen. Der Regelungsumfang kann wegen nunmehr europaweit harmonisierter Regelungen zur Textilkennzeichnung gegenüber dem bislang geltenden TextilKennzG erheblich eingeschränkt werden. Die Analyseverordnungen können aufgehoben werden.

Die Regelungen sind notwendig. Das bisher geltende TextilKennzG ist hinsichtlich seiner materiell-rechtlichen Vorschriften auf Grund der unmittelbaren Geltung der europäischen Textilkennzeichnungsverordnung überholt und in weiten Teilen wirkungslos. Das Textilkennzeichnungsgesetz ist mithin um nunmehr überflüssige Vorschriften zu bereinigen und an die aktuelle Rechtslage anzupassen. Das Textilkennzeichnungsgesetz ist darüber hinaus unter Berücksichtigung der geltenden Rechtslage nach der Marktüberwachungsverordnungsverordnung zu novellieren.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Mit Artikel 1 dieses Gesetzes wird das TextilKennzG neu gefasst. Das TextilKennzG wird an die aktuelle Rechtslage angepasst. Die bisherigen im TextilKennzG enthaltenen materiell-rechtlichen Vorschriften zur Kennzeichnung der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen, zur Bezeichnung der Textilfasern und weitere Ausführungsbestimmungen können auf Grund der nunmehr europaweit einheitlichen Regelung durch die Textilkennzeichnungsverordnung entfallen. Es sind ergänzende Bestimmungen zur Durchführung der Textilkennzeichnungsverordnung zu treffen. Diese betreffen insbesondere Regelungen zu Zuständigkeiten und Zusammenarbeit bei der Marktüberwachung, Regelungen zu Marktüberwachungsmaßnahmen, Rechte und Pflichten der Wirtschaftsakteure sowie Bußgeldvorschriften. Sie folgen aus den bindenden Vorgaben der Textilkennzeichnungsverordnung und der Marktüberwachungsverordnung.

Mit Artikel 2 werden Folgeänderungen in der Bedarfsgegenständeverordnung und der Fertigpackungsverordnung geregelt, die aus der Neufassung des TextilKennzG resultieren.

Artikel 3 regelt die Bekanntmachungserlaubnis zur Bedarfsgegenständeverordnung und zur Fertigpackungsverordnung.

Artikel 4 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes sowie das Außerkrafttreten des TextilKennzG in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 1986 (BGBl. I S. 1285), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 18 des Gesetzes vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1482) geändert worden ist sowie das Außerkrafttreten der Ersten und der Zweiten Analyseverordnung (Erste Analyseverordnung vom 20. Dezember 1973 (BGBl. 1974 I S. 33), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. März 1980 (BGBl. I S. 317) geändert worden ist, und die Zweite Analyseverordnung vom 29. Juli 1974 (BGBl. I S. 1609)). Beide Verordnungen sind auf Grund der europaweit harmonisierten Regelung der Analyse der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen in den Anlagen zur Textilkennzeichnungsverordnung entbehrlich und müssen daher aufgehoben werden.

III. Alternativen

Es bestehen keine Alternativen zum vorliegenden Gesetz. Die mit dem Gesetz verfolgten Ziele sind ausschließlich durch die Regelungen des Gesetzes zu erreichen. Das bisher geltende Textilkennzeichnungsgesetz ist hinsichtlich seiner materiell-rechtlichen Vorschrif-

ten auf Grund der unmittelbaren Geltung der europäischen Textilkennzeichnungsverordnung überholt und in weiten Teilen wirkungslos. Das Textilkennzeichnungsgesetz ist mithin um nunmehr überflüssige Vorschriften zu bereinigen und an die aktuelle Rechtslage anzupassen. Die Vorschriften der Textilkennzeichnungsverordnung sind unter Berücksichtigung der Vorschriften der europäischen Marktüberwachungsverordnung durch die Mitgliedstaaten zu überwachen. Das Textilkennzeichnungsgesetz ist daher um Vorschriften zu Zuständigkeiten und Befugnissen der Marktüberwachungsbehörden zu ergänzen. Zur Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs und einer effektiven Marktüberwachung sind Rechte und Pflichten der Wirtschaftsakteure zu bestimmen. Sanktionsmechanismen sind zu regeln.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für dieses Gesetz ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 11 des Grundgesetzes (GG) (konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit für das Recht der Wirtschaft). Im gesamtstaatlichen Interesse ist es zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit (Artikel 72 Absatz 2 GG) erforderlich, die Durchführung der europäischen Textilkennzeichnungsverordnung und die Überwachung der Anforderungen durch die Marktüberwachungsbehörden im Bundesgebiet übereinstimmend zu regeln. Auch bisher war die Kennzeichnung von Textilerzeugnissen hinsichtlich ihrer Faserzusammensetzung im Bundesgebiet einheitlich und übereinstimmend durch das Textilkennzeichnungsgesetz vom 1. April 1969 geregelt. An der bundeseinheitlichen Regelung ist auch im Zuge der Neufassung des Gesetzes festzuhalten. Eine unterschiedliche Durchführung der europaweit geltenden Textilkennzeichnungsverordnung oder ein Untätigbleiben einzelner Länder würden zu unterschiedlicher Durchführung der Textilkennzeichnungsverordnung führen. Folgen wären abweichende Vermarktungsbedingungen und Wettbewerbsverzerrungen im Bundesgebiet bis hin zu Nachteilen der gesamten deutschen Wirtschaft und ausländischer Wirtschaftsakteure auf dem europäischen Markt. Gleiches gilt für die Vollzugsbefugnisse und Anforderungen an die Marktüberwachung. Auch hier würden unterschiedliche oder fehlende Bestimmungen in den einzelnen Ländern ungleichmäßige Voraussetzungen für den Wettbewerb schaffen. Rechtsunsicherheiten für die betroffenen Wirtschaftsakteure und Vollzugsbehörden wäre die Folge. Eine kohärente und gleichmäßige Durchführung der Marktüberwachung kann nur durch ein einheitliches Bundesgesetz erreicht werden.

Soweit Bußgeldvorschriften festgelegt werden, ergibt sich die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Das Gesetz ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen vereinbar. Es dient der Durchführung der europäischen Textilkennzeichnungsverordnung. Gleichzeitig setzt es die Vorgaben zur Marktüberwachung von Textilerzeugnissen, die aus der Textilkennzeichnungs- und der europäischen Marktüberwachungsverordnung folgen, im nationalen Recht um. Das Gesetz ermöglicht die Wahrnehmung der aus den Verordnungen folgenden Verpflichtungen der Mitgliedstaaten, unter anderem die Kennzeichnung von Textilerzeugnissen hinsichtlich der Faserzusammensetzung zu überprüfen und eine diesbezügliche Marktüberwachung durchzuführen. Es geht über europarechtliche Vorgaben nicht hinaus.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Das Gesetz vereinfacht die nationalen Vorschriften zur Kennzeichnung und Analyse von Textilerzeugnissen. Die Neufassung des Textilkennzeichnungsgesetzes beschränkt sich auf die auf Grund europarechtlicher Vorgaben zwingenden Bestimmungen zur Durchführung und zum Vollzug der Textilkennzeichnungsverordnung und der Marktüberwachungsverordnung. Die Erste und die Zweite Analyseverordnung können aufgehoben werden. Damit reduziert sich der nationale Regelungsbestand zur Textilkennzeichnung. Verwaltungsverfahren zum Vollzug der Verordnung werden bundesweit einheitlich und effizient gestaltet. Damit trägt das Gesetz zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung bei.

2. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Für Bund, Länder und Gemeinden ergeben sich keine Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand.

3. Erfüllungsaufwand

Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Ein Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger wird durch das Gesetz nicht verursacht.

Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft, insbesondere für die mittelständische Wirtschaft, entspricht dem Textilkennzeichnungsgesetz, mit dem die vormalige EU-Richtlinie 2008/212/EG zur Textilkennzeichnung umgesetzt war. Die Pflichten für die Wirtschaft zur Textilkennzeichnung ergeben sich aus der nun unmittelbar geltenden EU-Verordnung.

Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf die Verbraucherpreise sowie auf die Einzelpreise, sind nicht zu erwarten.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Die Pflicht der Wirtschaft zu einer zeitlich begrenzten Aufbewahrung von Unterlagen über Tatsachen, auf denen die Etikettierung und Kennzeichnung beruht, und die Informationspflichten für die Wirtschaft im Rahmen der Mitwirkung bei der Marktüberwachung waren bereits im bisherigen Gesetz vorhanden und werden mit dem Gesetz nicht geändert oder aufgehoben.

Erfüllungsaufwand für die Verwaltung

Aus dem Gesetz entsteht dem Bund kein Vollzugsaufwand.

Die sachliche Zuständigkeit für die Verfolgung von Verstößen gegen das Textilkennzeichnungsgesetz liegt bei den Verwaltungsbehörden, die durch die jeweilige Landesgesetzgebung bestimmt sind. Vollzugskosten bestanden bereits aus der Zuständigkeit der Bundesländer für die bußgeldrechtliche Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen das bisherige Textilkennzeichnungsgesetz sowie als Verwaltungsbehörde durch die Ausübung der Anordnungsbefugnisse und die Vollstreckung.

Für die Länder, und die ggf. nach Landesrecht bestimmten Behörden (Marktüberwachungsbehörden), bestehen nunmehr Pflichten für die Marktüberwachung, die sich unmittelbar aus der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 ergeben. Der Erfüllungsaufwand wird deshalb hier nicht dargestellt.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Textilkennzeichnungsgesetz)

Mit Artikel 1 des Gesetzes wird das TextilKennzG neu gefasst. Der Neufassung des TextilkennzG wurde wegen des erheblichen Änderungsumfanges der Vorzug gegenüber einer Einzelnovelle gegeben. Sie dient der Anpassung der nationalen Vorschriften zur Textilkennzeichnung an die veränderte europäische Rechtslage. Das Gesetz hat darüber hinaus zum Ziel, die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1007/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2011 über die Bezeichnung von Textilfasern und die damit zusammenhängende Etikettierung und Kennzeichnung der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinie 73/44/EWG des Rates und der Richtlinien 96/73/EG und 2008/121 des Europäischen Parlaments und des Rates (Textilkennzeichnungsverordnung, ABl. L 272 vom 18.10.2011, S. 1) zu ermöglichen. Die Textilkennzeichnungsverordnung schafft einen europaweit einheitlichen Rahmen für die Kennzeichnung von Textilerzeugnissen. Das Textilkennzeichnungsgesetz kann insoweit um nunmehr obsolete Vorschriften bereinigt werden. Zwei ergänzende Verordnungen zur Analyse der Faserzusammensetzung sind aufgrund einheitlicher Regelungen in der Textilkennzeichnungsverordnung nicht mehr erforderlich. Sie werden aufgehoben. Gleichzeitig passt das Gesetz die nationalen Vorschriften zur Textilkennzeichnung an die Vorgaben aus der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften über die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (Marktüberwachungsverordnung, ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 30) an. Die Verordnung (EG) Nr. 765/2008 schafft für Produkte, die europäischen Harmonisierungsrechtsvorschriften unterfallen, einen einheitlichen Rahmen für die Akkreditierung und Marktüberwachung. Die europäischen Regelungen über die Textilkennzeichnung sind Produktregelungen in diesem Sinne und unterfallen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008. Die Verordnung (EG) Nr. 765/2008 gilt seit dem 1. Januar 2010 unmittelbar und direkt im nationalen Recht und steht so neben der Textilkennzeichnungsverordnung und dem Textilkennzeichnungsgesetz. Eine Anpassung des Textilkennzeichnungsgesetzes an die Vorgaben der Marktüberwachungsverordnung ist zur Verbesserung der Rechtsklarheit und Verständlichkeit für den Rechtsunterworfenen und die Vollzugsbehörden sinnvoll und geboten. Das Gesetz beschränkt sich auf Regelungen, die zur Ergänzung und Durchführung der Textilkennzeichnungsverordnung und Marktüberwachungsverordnung erforderlich sind. Die Regelungen sind an die bindenden Vorgaben der Verordnungen angepasst. Sie weichen nicht von diesen ab und gehen nicht darüber hinaus.

Die TextilkennzeichnungsVO entspricht hinsichtlich der materiell-rechtlichen Regelungen zur Textilkennzeichnung im Wesentlichen den bisherigen Regelungen im Textilkennzeichnungsgesetz. Es sind daher nur wenige untergeordnete Änderungen der bisherigen Rechtslage zur Textilkennzeichnung vorzunehmen. Neu eingeführt worden ist die Kennzeichnungspflicht nichttextiler Bestandteile tierischen Ursprungs. Nichttextile Bestandteile tierischen Ursprungs bestehen zum Beispiel aus Leder (Lederbesatz), Fell (Fellbesatz)

oder Horn (Hornknöpfe). Grundlegend neugestaltet werden die Rechtsvorschriften zur Marktüberwachung von Textilerzeugnissen.

Zu § 1 (Anwendungsbereich)

§ 1 bestimmt den sachlichen Anwendungsbereich des Gesetzes. Das Gesetz dient der Durchführung und des Vollzugs der Textilkennzeichnungsverordnung. Die Verordnung ist in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union unmittelbar geltendes und anwendbares Recht. Daher entspricht der sachliche Anwendungsbereich gem. § 1 des Gesetzes eins zu eins dem in Artikeln 1 und 2 der Textilkennzeichnungsverordnung beschriebenen Gegenstand und Geltungsbereich der Textilkennzeichnungsverordnung.

Gemäß Absatz 1 ist das Gesetz für Textilerzeugnisse, die auf dem Markt bereitgestellt werden, für die Verwendung von Bezeichnungen von Textilfasern sowie für die Etikettierung und Kennzeichnung der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen und nicht-textiler Bestandteile tierischen Ursprungs von Textilerzeugnissen anzuwenden. Darüber hinaus schließt der Anwendungsbereich die Bestimmung der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen durch quantitative Analyse von binären und ternären Textilfasergemischen ein.

Absatz 2 bestimmt, dass die in Artikel 2 Absatz 2 Textilkennzeichnungsverordnung genannten Erzeugnisse den Textilerzeugnissen gleichstehen. Der Absatz bildet die in Artikel 2 Absatz 2 der TextilkennzeichnungsVO den Textilerzeugnissen gleichgestellten Erzeugnisse ab. Es werden unter anderem Erzeugnisse mit einem Gewichtsanteil an Textilfasern von mindestens 80%, Bezugsmaterial für Möbel, Regen- und Sonnenschirme mit einem Gewichtsanteil an Textilkomponenten von mindestens 80% und bestimmte weitere Textilkomponenten den Textilerzeugnissen gleichgestellt.

Absatz 3 regelt Ausnahmetatbestände. Der Absatz bestimmt diejenigen Textilerzeugnisse, für die das Gesetz nicht anzuwenden ist. Die Regelungen des Absatz 3 orientieren sich hierbei eins zu eins an den Ausnahmetatbeständen des Artikel 2 Absätze 3 und 4 der TextilkennzeichnungsVO. Das TextilKennzG gilt nicht für Textilerzeugnisse, die ohne Übereignung zur Weiterverarbeitung an Heimarbeiter oder selbstständige Unternehmer übergeben werden. Es ist darüber hinaus auch nicht für maßgeschneiderte Textilien, die von selbstständigen Schneidern hergestellt wurden, anzuwenden.

Der Anwendungsbereich und die Ausnahmetatbestände entsprechen dem bisherigen Anwendungsbereich des Textilkennzeichnungsgesetzes. Die Kennzeichnungspflicht nicht-textiler Bestandteile tierischen Ursprungs von Textilerzeugnissen ist durch die Textilkennzeichnungsverordnung neu eingeführt worden. Nichttextile Bestandteile tierischen Ursprungs bestehen zum Beispiel aus Leder (Lederbesatz), Fell (Fellbesatz), Horn (Hornknöpfe) oder Daunen (Daunenfüllungen).

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)

§ 2 stellt klar, dass die Begriffsbestimmungen aus Artikel 3 Textilkennzeichnungsverordnung für das Gesetz eins zu eins zur Anwendung kommen. § 2 entspricht hinsichtlich der Begriffsbestimmungen nahezu den Bestimmungen aus § 2 des bisherigen TextilKennzG und ergänzt und aktualisiert diese um erforderliche Begriffsbestimmungen zur Marktüberwachung.

Absatz 1 regelt die Anwendbarkeit der Begriffsbestimmungen des Artikel 3 Buchstabe a bis k Textilkennzeichnungsverordnung.

Absatz 2 nimmt auf bestimmte Begriffsbestimmungen der Marktüberwachungsverordnung Bezug. Die in Bezug genommenen Begriffe (Bereitstellung auf dem Markt, Inverkehrbringen, Hersteller, Einführer, Händler, Wirtschaftsakteure, harmonisierte Norm, Marktüberwachung, Marktüberwachungsbehörde) haben horizontale Bedeutung für die Marktüberwachung im harmonisierten Produktbereich. Sie sind daher übergreifend in der Marktüberwachungsverordnung geregelt. Sie gelten für die Textilkennzeichnungsverordnung. Der Absatz bestimmt mithin die Anwendbarkeit dieser Begriffe für das Gesetz.

Klarstellend wird in Absatz 3 auch der Begriff der für die Kontrolle der Außengrenzen zuständigen Behörde definiert. Diese Definition besitzt Relevanz für die Regelung in § 6 und die Zusammenarbeit der Marktüberwachungsbehörden der Länder mit den für die Kontrolle der Außengrenzen zuständigen Behörden.

Zu § 3 (Voraussetzungen für die Bereitstellung von Textilerzeugnissen auf dem Markt)

§ 3 entspricht bezüglich seines Regelungszwecks und Inhalts weitgehend dem bisherigen § 1. Im Sinne von verbesserter Rechtsklarheit und Verständlichkeit wurde § 3 zur Bestimmung der wesentlichen Voraussetzungen der Bereitstellung von Textilerzeugnissen auf dem Markt formuliert.

Absatz 1 bestimmt, dass ein Textilerzeugnis nur dann auf dem Markt bereitgestellt werden darf, wenn es den Anforderungen aus § 4 und denen der Textilkennzeichnungsverordnung entspricht. Der Absatz verdeutlicht dem Rechtsunterworfenen den Zusammenhang zwischen den Regelungen des Gesetzes und der Textilkennzeichnungsverordnung.

Zu § 4 (Anforderungen an die Bezeichnung von Textilfasern und an die Etikettierung oder Kennzeichnung von Textilerzeugnissen)

§ 4 regelt die Anforderungen an die Bezeichnung von Textilfasern und an die Etikettierung oder Kennzeichnung von Textilerzeugnissen bei Bereitstellung auf dem Markt. § 4 entspricht bezüglich des Regelungsziels dem bisherigen § 1. § 4 beschreibt damit den Rahmen der für Hersteller, Einführer und Händler geltenden Pflichten bei der Textilkennzeichnung von auf dem Markt bereitgestellten Textilerzeugnissen. § 4 bezieht sich eins zu eins auf die bindenden Vorgaben der Textilkennzeichnungsverordnung. Die Aufnahme in das Gesetz erfolgt, um die Pflichten der Marktakteure hinreichend bestimmt im nationalen Recht zu regeln und bei Verstößen bewehrungsfähige Bußgeldtatbestände zu bestimmen.

Absatz 1 greift die Etikettierungs- und Kennzeichnungspflichten der Textilkennzeichnungsverordnung auf und stellt klar, dass die Kennzeichnung in deutscher Sprache zu erfolgen hat. Dies ist erforderlich, um transparente und verbraucherfreundliche Kennzeichnungen in der Amtssprache sicherzustellen. Der Absatz stellt durch Bezugnahme auf die Textilkennzeichnungsverordnung klar, dass für die Beschreibung der Faserzusammensetzung auf Etiketten und Kennzeichnungen nur Textilfaserbezeichnungen nach der Textilkennzeichnungsverordnung verwendet werden dürfen. Die Faserbezeichnungen dürfen ausschließlich für die Fasern verwendet werden, die in ihren Eigenschaften der Beschreibung in der Textilkennzeichnungsverordnung entsprechen. Die Etikettierung oder Kennzeichnung von Textilerzeugnissen, die aus mehreren Fasern bestehen, hat anhand der Vorgaben der Textilkennzeichnungsverordnung zu erfolgen. Der Verweis des Absatzes 1 auf Artikel 14 Absatz 1 Textilkennzeichnungsverordnung regelt, dass die Etikettierung oder Kennzeichnung dauerhaft, leicht lesbar, sichtbar und zugänglich erfolgen muss. Sofern ein Etikett verwendet wird, muss dieses fest angebracht werden.

Absatz 2 bestimmt, dass die Etikettierung oder Kennzeichnung bei Lieferungen an einen Wirtschaftsakteur innerhalb einer Lieferkette oder an einen öffentlichen Auftraggeber durch Begleitpapiere (Handelsdokumente) ersetzt oder ergänzt werden kann.

Absatz 3 legt fest, dass Hersteller und Einführer von Textilerzeugnissen deren Etikettierung oder Kennzeichnung beim Inverkehrbringen vorzunehmen haben. Sie müssen die Richtigkeit der auf dem Etikett oder der Kennzeichnung enthaltenen Informationen sicherstellen. Die Faserzusammensetzung des Textilerzeugnisses hat mit der angegebenen Faserzusammensetzung übereinzustimmen.

Absatz 4 regelt die Händlerpflicht zur Etikettierung oder Kennzeichnung von auf dem Markt bereitgestellten Textilerzeugnissen.

Absatz 5 bestimmt, dass die Etikettierungs- oder Kennzeichnungspflichten entsprechend für auf elektronischem Wege zum Verkauf angebotene Textilerzeugnisse gelten, mit Ausnahme der Kennzeichnung nichttextiler Teile tierischen Ursprungs.

Absatz 6 stellt klar, dass die in der Textilkennzeichnungsverordnung vorgesehenen Ausnahmeregelungen für das Textilkennzeichnungsgesetz Anwendung finden.

Absatz 7 ermöglicht die zusätzliche Etikettierung oder Kennzeichnung in anderen Sprachen. Hiermit wird die Regelungsoption aus Artikel 16 Absatz 3 Textilkennzeichnungsverordnung genutzt.

Zu § 5 (Aufbewahrung von Unterlagen)

§ 5 entspricht dem bisherigen § 12. § 5 legt fest, dass Unterlagen über Tatsachen, auf deren Kenntnis die Etikettierung oder Kennzeichnung der Faserzusammensetzung beruht, von den Marktakteuren zwei Kalenderjahre aufzubewahren sind. Dies ist zur Sicherstellung der Marktüberwachung erforderlich.

Zu § 6 (Zuständigkeiten und Zusammenarbeit)

§ 6 regelt die Zuständigkeiten der Marktüberwachung sowie die Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden und den Marktüberwachungsbehörden. Absatz 1 regelt die Zuständigkeiten für die Marktüberwachung. Satz 1 stellt klar, dass der Vollzug des Gesetzes grundsätzlich durch die Länder als eigene Angelegenheit erfolgt (vgl. Artikel 83, 84 GG). Satz 2 stellt klar, dass die Zuständigkeit sich auf die Überwachung der Einhaltung der Textilkennzeichnungsverordnung erstreckt. Satz 3 legt fest, dass auch die Behörde, in deren Bezirk der Anlass für eine Marktüberwachungsmaßnahme aufgetreten ist, erforderliche Unterlagen und Informationen über die zu überwachenden Produkte beim jeweiligen Wirtschaftsakteur anfordern darf.

Absatz 2 verweist auf die Pflicht zur Zusammenarbeit zwischen den für die Kontrolle der Außengrenzen zuständigen Behörden und den Marktüberwachungsbehörden entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 765/2008. Dabei sind die für die Kontrolle der Außengrenzen zuständigen Behörden insbesondere berechtigt und verpflichtet, alle für weitere Maßnahmen erforderlichen Informationen an die zuständigen Marktüberwachungsbehörden weiterzugeben. Das Brief- und Postgeheimnis des Art.10 GG ist bei der Datenübertragung auf Grundlage des Artikel 27 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung 765/2008 nicht einschlägig und bildet keine Schranke für die Datenübermittlung. Satz 2 ermächtigt die für die Kontrolle der Außengrenzen zuständigen Behörden, den Marktüberwachungsbehörden die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Informationen zu übermitteln. Die für die Kontrolle der Außengrenzen zuständigen Behörden können hierzu insbesondere die

Informationen des Anhangs 37 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (ABl. L 253 vom 11.10.1993, S. 1) bereitstellen, die sie bei der Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr erlangt haben. Hierzu zählen insbesondere Registriernummer und Datum der Zollanmeldung, Name und Anschrift des Versenders, Name und Anschrift des Empfängers, Versendungsland, Ursprungsland, Bezeichnung und Art der Ware, Menge der angemeldeten Ware sowie Codenummer. Dies ermöglicht ein Eingreifen der Marktüberwachungsbehörden zu einem möglichst frühen Zeitpunkt, aber auch die Informationsgewinnung über Produkte aus Drittländern, die sich bereits auf dem Gemeinschaftsmarkt befinden. Dadurch wird eine Erhöhung der Effektivität der Marktüberwachungsbehörden erreicht. Datenanforderungen der Marktüberwachungsbehörden sollen sich dabei im Regelfall auf konkrete Überwachungsmaßnahmen bzw. Vorrecherchen zu geplanten Aktionen beschränken. Daneben wird durch diese Ermächtigung die Datenübermittlung für die Fälle ermöglicht, bei denen die für die Kontrolle der Außengrenzen zuständigen Behörden erst nach der Überlassung der Waren zum zollrechtlich freien Verkehr feststellen, dass möglicherweise ein Sachverhalt nach Artikel 27 Absatz 3 Buchstaben a bis c der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 vorlag.

Absatz 3 weist klarstellend daraufhin, dass die für die Kontrolle der Außengrenzen zuständigen Behörden und Marktüberwachungsbehörden bei ihrem Informationsaustausch die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse wahren und den für sie geltenden Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten unterliegen.

Zu § 7 (Marktüberwachung)

Absatz 1 bestimmt die Marktüberwachungspflichten der zuständigen Behörden. Nummer 1 Fallgruppe 1 bezieht sich auf die Kontrolle, dass Textilerzeugnisse mit einem Etikett oder einer Kennzeichnung versehen sind, wenn sie in Verkehr gebracht werden oder auf dem Markt bereitgestellt werden. Nummer 1 Fallgruppe 2 betrifft die Überwachung, dass die auf dem Etikett dargestellten Informationen, das heißt insbesondere die Faserbezeichnung, mit den durch die Textilkennzeichnungsverordnung bestimmten Faserbezeichnungen übereinstimmen. Die Marktüberwachungsbehörden haben zu kontrollieren, dass keine Etikettierungen oder Kennzeichnungen mit anderen als den in der Textilkennzeichnungsverordnung zugelassenen Faserbezeichnungen erfolgen. Nummer 2 betrifft dagegen die Überwachung der Übereinstimmung der tatsächlichen Faserzusammensetzung des Textilerzeugnisses mit der auf dem Etikett oder der Kennzeichnung angegebenen Faserzusammensetzung. Diese Überwachungsaufgaben erfolgen nach den Vorgaben der Textilkennzeichnungsverordnung zur Faseranalyse. Sie werden durch sachverständige Stellen oder Prüflabore durchgeführt. Nummer 3 stellt klar, dass im Falle der Ersetzung der Kennzeichnung durch Handelsdokumente diese den Anforderungen der Textilkennzeichnungsverordnung entsprechen müssen.

Absatz 2 bestimmt, dass die Marktüberwachungspflichten entsprechend für auf elektronischem Wege zum Verkauf angebotene Textilerzeugnisse gelten.

Kernelement in Absatz 3 ist die Erstellung eines Marktüberwachungsprogramms in Bezug auf die in diesem Gesetz oder der Textilkennzeichnungsverordnung festgelegten Anforderungen. Der Absatz konkretisiert die Vorgaben von Artikel 18 Absatz 5 und 6 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008.

Absatz 4 legt fest, dass die obersten Landesbehörden die Koordinierung der Marktüberwachung und die Fortschreibung des Marktüberwachungsprogramms sicherzustellen haben. Die Entwicklung und konsequente Fortentwicklung eines Marktüberwachungspro-

gramms ist Aufgabe der obersten Landesbehörden und erforderlich, um eine effiziente Umsetzung der Anforderungen an die Faserkennzeichnung sicherzustellen.

In Absatz 5 ist klargestellt, dass Marktüberwachungsprogramme in nicht personenbezogener Form der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Zu § 8 (Berichtspflichten)

§ 8 Absatz 1 legt fest, dass die obersten Landesbehörden jährlich über die ergriffenen Vollzugsmaßnahmen und Tätigkeiten zur Durchsetzung der im Gesetz oder der Textilkennzeichnungsverordnung festgelegten Anforderungen berichten. Wie die Informationsübermittlung zwischen oberster Landesbehörde und den jeweils zuständigen Marktüberwachungsbehörden erfolgt, bleibt hierbei der Ausgestaltung durch die Länder überlassen. Die Regelung dient der Anpassung an Artikel 18 Absatz 6 der Marktüberwachungsverordnung, die wiederum die hier genannte Berichtspflicht gegenüber der Kommission vorbereiten soll. Ziel der Verpflichtung der obersten Landesbehörden ist es, dass die Berichte aus den einzelnen Ländern gebündelt werden und durch die obersten Landesbehörden an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie übermittelt werden. Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass eine Berichterstattung in nicht personenbezogener Form erfolgt. Zwar besteht die Pflicht zur Weiterleitung eines Berichts an die Kommission nur alle vier Jahre, dennoch ist eine kontinuierliche Übermittlung von Berichten zur Vorbereitung des Gesamtberichts erforderlich. Zugleich sollen die jährlichen Berichte als Grundlage für die Entwicklung von Marktüberwachungsprogrammen im Sinne des § 7 Absatz 3 dienen.

Absatz 2 legt fest, dass die zuständigen obersten Landesbehörden regelmäßig die Funktionsweise der Marktüberwachungstätigkeiten überprüfen und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hierüber informieren. Die in 18 Absatz 6 der Verordnung (EG) Nr. 765/2009 genannten Berichtspflichten verlangen neben einem Überblick über die Überwachungstätigkeiten auch eine Bewertung der Funktionsweise. § 12 Absatz 2 dient damit wiederum der Vorbereitung dieser Berichtspflichten.

Zu § 9 (Marktüberwachungsmaßnahmen)

Mit § 9 werden die Anforderungen an die Marktaufsicht im Sinne des Artikels 18 der Textilkennzeichnungsverordnung konkretisiert und an die Bestimmungen der Artikel 19 und 21 der Marktüberwachungsverordnung angepasst. Die Bestimmungen der Marktüberwachungsverordnung gelten horizontal für alle dem harmonisierten Produktbereich unterliegenden überwachungspflichtigen Produkte. Zu diesen Produkten zählen die Textilerzeugnisse im Sinne des Gesetzes.

Absatz 1 Satz 1 beinhaltet die allgemeine Befugnis der Marktüberwachungsbehörden, anhand von Stichproben zu kontrollieren, ob die materiellen Vorgaben an die Etikettierung und Kennzeichnung von Textilerzeugnissen im Sinne der §§ 3 und 4 und der Textilkennzeichnungsverordnung eingehalten werden. Die Marktüberwachungsbehörden haben ein Mindestmaß an Kontrolle sicherzustellen. Die Befugnis, Stichprobenkontrollen durchzuführen, entspricht der Regelung des Artikels 19 Absatz 1 Marktüberwachungsverordnung. Die Länder regeln im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Marktüberwachung. Hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass das in der Marktüberwachungsverordnung vorgegebene Prüfniveau eingehalten wird. Artikel 19 Absatz 1 der Marktüberwachungsverordnung bestimmt, dass die Überwachung anhand angemessener Stichproben auf geeignete Weise und in angemessenem Umfang durchzuführen ist.

Absatz 1 Satz 3 stellt klar, dass Stichproben in ihrer Prüftiefe unterschiedlich sein können. Als Überwachungsmethoden werden im Regelfall die Sicht- und Plausibilitätsprüfung des Etiketts oder der Kennzeichnung in Betracht kommen. Darüber hinaus kann es im Einzelfall aber auch erforderlich sein, die vom Wirtschaftsakteur gemäß § 5 bereitzuhaltenden Unterlagen auszuwerten und mit den Angaben des Etiketts oder der Kennzeichnung zu vergleichen. Im Einzelfall kann gemäß Artikel 19 Absatz 1 der Marktüberwachungsverordnung auch die Prüfung mittels physischer Kontrollen oder die Laborprüfung vom Begriff der Stichprobe erfasst sein, sofern Letzteres im Einzelfall angezeigt und erforderlich ist. Eine Stichprobe kann sich umgekehrt aber auch auf die Kontrolle beschränken, ob die geforderte Etikettierung oder Kennzeichnung des Textilerzeugnisses vorhanden ist.

Absatz 2 legt fest, dass die Marktüberwachungsbehörden bei der Bestimmung der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen die Bestimmungen der Textilkennzeichnungsverordnung und insbesondere deren Anhänge VII, VIII und IX anzuwenden haben. Bisher waren die Methoden der Bestimmung der Faserzusammensetzung in den Analyseverordnungen niedergelegt. Da nunmehr europäisch harmonisierte Vorgaben zur Textilfaserbestimmung in den Anhängen der Textilkennzeichnungsverordnung bestehen, sind diese als unmittelbar geltendes Recht anzuwenden. Die Analyseverordnungen werden mit Artikel 4 des Gesetzes aufgehoben.

Absätze 3 bis 5 nennen verschiedene Marktüberwachungsmaßnahmen, die die Marktüberwachungsbehörden bei Bestehen eines begründeten Verdachts eines Verstoßes oder beim Vorliegen eines Verstoßes ergreifen können. Hiermit erfolgt eine Konkretisierung der in Artikel 18 Absatz 3 Marktüberwachungsverordnung geforderten Ausstattung der Marktüberwachungsbehörden mit den „erforderlichen Befugnissen“. Mit der Ermächtigung der Marktüberwachungsbehörden zum Ergreifen der „erforderlichen Maßnahmen“ erhalten diese einen Ermessensspielraum, im Einzelfall diejenige Maßnahme zu treffen, die zur Sicherstellung einer richtigen Etikettierung oder Kennzeichnung das am wenigsten einschneidende Instrument darstellt. Ein Beispiel für eine im Einzelfall erforderliche Maßnahme der Marktüberwachungsbehörde bildet die Sicht- und Plausibilitätsprüfung des Etiketts oder der Kennzeichnung. Absatz 3 nennt als weitere Maßnahmen der Marktüberwachungsbehörden die Anordnung, dass ein Etikett oder eine Kennzeichnung angebracht wird. Des Weiteren ist die Anordnung, dass die Faserzusammensetzung von einer geeigneten Stelle überprüft wird und die Anforderung, dass Unterlagen, die gemäß § 5 aufzubewahren sind, innerhalb von zehn Tagen herauszugeben sind, von Absatz 3 umfasst.

Die Regelung des Absatz 3 Satz 3 übernimmt die Verpflichtung aus Artikel 21 Absatz 4 der Marktüberwachungsverordnung zur Rücknahme oder Änderung von Marktüberwachungsmaßnahmen beim Vorliegen wirksamer Gegenmaßnahmen durch den jeweiligen verantwortlichen Wirtschaftsakteur.

Absatz 4 erlaubt den Marktüberwachungsbehörden weitergehende Maßnahmen, wenn der begründete Verdacht sich bestätigt hat und ein Verstoß festgestellt wird. In diesem Fall können die Marktüberwachungsbehörden u. a. in Nummer 1 eine Korrektur der fehlerhaften Etikettierung oder Kennzeichnung anordnen oder in Nummer 2 die Bereitstellung auf dem Markt vorübergehend bis zur Korrektur der fehlerhaften Angaben untersagen. Die Regelung des Satz 3 übernimmt die Verpflichtung aus Artikel 21 Absatz 4 der Marktüberwachungsverordnung zur Überprüfung von Marktüberwachungsmaßnahmen beim Vorliegen wirksamer Gegenmaßnahmen durch den jeweiligen verantwortlichen Wirtschaftsakteur.

Absatz 5 regelt als letztes mögliches Mittel die Untersagung des Anbietens oder Ausstellens (Nummer 1) und das Untersagen des Inverkehrbringens oder der Bereitstellung auf dem Markt eines Produkts (Nummer 2). Da bei der Etikettierung oder Kennzeichnung von Textilerzeugnissen keine Sicherheitsaspekte des Produktes betroffen sind, sondern materiell die korrekte Angabe der Informationen auf den Etiketten oder Kennzeichnungen berührt sind, kann die Untersagung des Anbietens oder Ausstellens und der Bereitstellung

auf dem Markt nur als letztes mögliches Mittel in Betracht kommen, wenn ein Verstoß nach Absatz 4 andauert. Die Regelung des Satz 3 übernimmt die Verpflichtung aus Artikel 21 Absatz 4 der Marktüberwachungsverordnung zur Überprüfung von Marktüberwachungsmaßnahmen beim Vorliegen wirksamer Gegenmaßnahmen durch den jeweiligen verantwortlichen Wirtschaftsakteur.

Insgesamt verdeutlicht die Systematik und Abstufung der Maßnahmen in den Absätzen 3 bis 5 die Geltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.

Die Verpflichtung zur Unterstützung und Information der Marktüberwachungsbehörden untereinander in Absatz 6 konkretisiert die Anforderungen an die Verwaltungszusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den nationalen Behörden aus Artikel 18 Absatz 1 Marktüberwachungsverordnung.

Zu § 10 (Adressaten der Marktüberwachungsmaßnahmen, Anhörung)

Absatz 1 stellt klar, dass sich Stichprobenkontrollen und Marktüberwachungsmaßnahmen im Sinne des § 9 Absatz 1 bis 5 an den jeweils betroffenen Wirtschaftsakteur richten. Dies wird, wenn es um die inhaltliche Richtigkeit der Textilkennzeichnung geht, in der Regel der Hersteller oder der Einführer sein, da diese Personen die Verantwortung für die Richtigkeit der Verbraucherinformationen tragen. Daneben kann auch der Händler Adressat von Marktüberwachungsmaßnahmen sein, wenn er seine Pflichten verletzt, die in § 4 Absatz 4 und der Textilkennzeichnungsverordnung festgelegt sind, das heißt beispielsweise, wenn er nicht sicherstellt, dass das Textilerzeugnis eine Etikettierung oder eine Kennzeichnung trägt.

In Absätzen 2 und 3 werden spezifische Verwaltungsvorschriften ergänzt, die sich auf Anordnungen der Marktüberwachungsbehörden durch Verwaltungsakt im Sinne des § 9 beziehen. Dies erfolgt in Anpassung an die Regelungen des Artikels 21 Absatz 1 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008. Absatz 3 legt fest, dass der betroffene Wirtschaftsakteur vor Erlass einer Marktüberwachungsmaßnahme nach § 9 mit der Maßgabe anzuhören ist, dass die Anhörungsfrist nicht kürzer als zehn Tage sein darf. Absatz 3 beinhaltet zudem die Pflicht, den betroffenen Wirtschaftsakteur ggf. auch nachträglich anzuhören. Diese Anhörungspflichten und -fristen werden durch Artikel 21 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 für den gesamten Bereich der harmonisierten EU-Produktgesetzgebung für Maßnahmen der Marktüberwachung vorgegeben und finden sich in dieser Form nicht bereits im allgemeinen Verwaltungsverfahrensrecht (§ 28 VwVfG), so dass eine Regelung im Gesetz erforderlich ist.

Zu § 11 (Betretensrechte, Befugnisse und Duldungspflichten)

Die Betretungs- und Überprüfungsbefugnisse nach Absatz 1 entstammen den Vorgaben des Artikels 19 Absatz 1 der Marktüberwachungsverordnung. Das Zutrittsrecht ist auf solche Räume und Grundstücke beschränkt, in oder auf denen Produkte im Rahmen einer Geschäftstätigkeit hergestellt, angeboten, zum Zwecke der Bereitstellung auf dem Markt lagern, angeboten oder ausgestellt werden. Die Bestimmung ist grundrechtsschonend ausgestaltet, weil Betriebs- oder Geschäftsräume nur während der üblichen Betriebs- und Geschäftszeiten betreten werden dürfen (vgl. BVerfGE 32, 54, 76 f.).

Absatz 2 regelt die Befugnis, Produkte zu besichtigen, zu prüfen oder prüfen zu lassen. Die Regelung der Kosten in Absatz 2 Satz 2 verteilt das Kostenrisiko danach, ob sich die Betroffenen gesetzeskonform verhalten haben. Erstattungsfähig sind bei Verstößen die Kosten für Produktprüfungen sowie Verwaltungstätigkeiten im Zusammenhang mit Besichtigungen. Eine Kostentragungspflicht trifft primär Hersteller und Lieferanten. Eine Kos-

tentragungspflicht des Handels kommt nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes dann in Betracht, wenn der Handel die ihm obliegenden Pflichten oder allgemeine Sorgfaltspflichten außer Acht gelassen hat.

Absatz 3 dient der Konkretisierung der Vorgaben des Artikels 18 Absatz 3 und des Artikels 19 Absatz 1 der Marktüberwachungsverordnung.

Absatz 4 verpflichtet die betroffenen Wirtschaftsakteure, Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2 zu dulden, zu unterstützen und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Eine Ausnahme gilt in den Fällen des § 383 ZPO.

Zu § 12 (Bußgeldvorschriften)

§ 12 ergänzt die Bestimmungen zur Marktüberwachung durch die Verankerung von Bußgeldvorschriften. Die Vorschrift nimmt die bisherigen Regelungen des § 14 auf und aktualisiert diese anhand der aktuellen Rechtslage. Die Vorschriften haben zum Ziel, eine den Bestimmungen des Gesetzes und der Textilkennzeichnungsverordnung entsprechende Etikettierung und Kennzeichnung von Textilerzeugnissen zu gewährleisten und Verstöße zu sanktionieren. Des Weiteren dient sie zur Ausstattung der Marktüberwachungsbehörden mit den erforderlichen, wirksamen Handlungsinstrumenten, die eine effektive Marktüberwachung ermöglichen.

Absatz 1 Ziffer 1 legt den grundlegenden Ordnungswidrigkeitstatbestand der fehlenden oder unrichtigen Etikettierung oder Kennzeichnung fest. Dies können zum Beispiel unrichtige Kennzeichnungen mit Textilfaserbezeichnungen, die nicht durch die Textilkennzeichnungsverordnung zugelassen sind, mit nicht zutreffenden Zusatzinformationen oder unzutreffenden Gewichtsanteilsangaben sein.

Absatz 1 Ziffer 2 normiert den für Hersteller und Einführer geltenden Tatbestand der fehlenden oder unrichtigen Kennzeichnung bezogen auf die Übereinstimmung der tatsächlichen Faserzusammensetzung des Textilerzeugnisses mit der auf dem Etikett oder der Kennzeichnung angegebenen Faserzusammensetzung. Diese Pflicht trifft Hersteller und Einführer. Insofern ist der Tatbestand auf diese Wirtschaftsakteure zu beschränken. Er gilt auch für den Kauf auf elektronischem Wege.

Absatz 1 Ziffer 3 bestimmt den für Händler einschlägigen Tatbestand der fehlenden oder unvollständigen Etikettierung oder Kennzeichnung.

Absatz 1 Ziffern 4 bis 8 legen Tatbestände fest, die sich auf eine Verletzung der Mitwirkungs- und Informationspflichten bei Marktüberwachungsmaßnahmen beziehen.

Der Bußgeldhöchstbetrag in Absatz 2 von 5000 Euro entspricht der Festsetzung des § 15 Absatz 2 im bisherigen Textilkennzeichnungsgesetz. Der Höchstbetrag stellt eine unter Berücksichtigung der Ordnungswidrigkeitstatbestände angemessene und verhältnismäßige Höhe dar und wird beibehalten.

Absatz 3 bestimmt, dass Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit bezieht, eingezogen werden können.

Zu Artikel 2 (Folgeänderungen)

Artikel 2 regelt durch die Neufassung des Gesetzes und die in Kraft getretene Textilkennzeichnungsverordnung erforderliche Folgeänderungen in der Bedarfsgegenständeverordnung und in der Fertigpackungsverordnung.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Artikel 4 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes und zugleich das Außerkrafttreten des Textilkennzeichnungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 1986 (BGBl. I S. 1285), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 18 des Gesetzes vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1482) geändert worden ist, der Ersten Analyseverordnung vom 20. Dezember 1973 (BGBl. 1974 I S. 33), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. März 1980 (BGBl. I S. 317) geändert worden ist, und der Zweite Analyseverordnung vom 29. Juli 1974 (BGBl. I S. 1609). Das Textilkennzeichnungsgesetz in seiner bisherigen Fassung und die Analyseverordnungen werden mit diesem Gesetz aufgehoben. Dies ist eine Konsequenz der nunmehr unmittelbar geltenden Vorgaben der Textilkennzeichnungsverordnung. Das Textilkennzeichnungsgesetz wird um nicht mehr erforderliche materiell-rechtliche Vorschriften zu Textilkennzeichnung bereinigt. Diese ergeben sich direkt aus der Textilkennzeichnungsverordnung. Die Analyseverordnungen werden aufgehoben. Die bisher in den Analyseverordnungen enthaltenen Bestimmungen finden sich nunmehr in den unmittelbar geltenden Anhängen zur Textilkennzeichnungsverordnung. Es besteht kein Bedarf an einer Fortgeltung. Die Analyseverordnungen sind mithin aufzuheben.